

Der Vorsitzende überträgt zu Beginn der Erörterung des TOPs 6 den Vorsitz an RM Eggers. RM Freygang trägt anschließend den Antrag der CDU-Fraktion vor und begründet diesen. Der ursprüngliche Antrag soll um folgende Punkte erweitert werden:

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, zusätzlich die Möglichkeiten der Gründung eigener, ggfs. interkommunaler, Stadtwerke zum Zweck der Bereitstellung einer kostengünstigen Energieversorgung für die Stadt und ihre Bürger zu prüfen. Bei Bedarf sollen hierzu die Dienste eines Fachanwalts in Anspruch genommen werden.
- b) In die Prüfung entsprechend dem ursprünglichen Antrag soll auch der Bereich Tourismus miteinbezogen werden.

In der anschließenden Diskussion wird die Entstehung des Antrags erörtert. RM Eggers weist darauf hin, dass bereits 1998 dieses Thema war. Außerdem habe seine Fraktion für bestimmte Betriebe vor einem Jahr die Prüfung der Einrichtung von Eigenbetrieben angeregt.

RM Freygang erklärt, dass der Antrag der CDU-Fraktion erheblich weiter geht. Außerdem haben sich die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse geändert. So ist z. B. heute die Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts möglich. Das ist 1998 noch nicht der Fall gewesen.

BM Böhling betont, dass jeder Vorschlag, der für die Stadt Schortens Möglichkeiten zu kostengünstigem und wirtschaftlichem Handeln bietet, begrüßt wird. Die vorgeschlagene Prüfung würde in Abstimmung mit der kommunalen Aufsichtsbehörde und unter Hinzuziehung eines Fachanwaltes sowie eines Steuerberaters durchgeführt werden. Die bei dem Rechtsstreit mit der EWE eingesparten Kosten durch die Beteiligung anderer Gemeinden würde zur teilweisen Finanzierung der Kosten für die Prüfung verwendet werden. Um eine sorgfältige Prüfung zu ermöglichen, ist ein Zeitraum von ca. 3 Monaten erforderlich.

RM Haltern fragt nach der Einbeziehung des Themas interkommunale Zusammenarbeit in die Prüfung. RM Freygang verweist auf den bereits praktizierten gemeinsamen Einkauf von Energie durch Kommunen.

Allgemein wird der Antrag von den Ausschussmitgliedern begrüßt.

Zum Ende der Diskussion wird der Ausschussvorsitz wieder an RM Freygang zurückgegeben.

Im Anschluss ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob der Baubetriebshof, das Bürgerhaus mit Bücherei und das Freizeitbad Aqua-Toll mit Freibad und Zeltplatz (nicht Campingplatz) ausgliedert werden können.

Es sollen verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt und die Vor- und Nachteile dargestellt werden. Ferner sind die jeweiligen Auswirkungen auf die Verwaltung, den Haushalt und die Beschäftigten aufzulisten.

In die Prüfung entsprechend dem ursprünglichen Antrag soll auch der Bereich Tourismus miteinbezogen werden.

Die Verwaltung wird zusätzlich beauftragt, die Möglichkeiten der Gründung eigener Stadtwerke zum Zweck der Bereitstellung einer kostengünstigen Energieversorgung zu prüfen. Bei Bedarf sollen hierzu die Dienste eines Fachanwalts in Anspruch genommen werden.

Die Ergebnisse sind dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss innerhalb von 3 Monaten zur Beratung vorzulegen.